KomKJB
Bundeskompetenzzentrum
Kinder- und Jugendbeteiligung

Jugendbeteiligung im Gesundheitsministerium

Gesundheitspolitik ohne Jugendbeteiligung? Der Koalitionsvertrag sieht das anders. 1

Fehlende Perspektive junger Menschen in der Gesundheitspolitik 2

Die Lösung? Jugendbeteiligung! 3

- **Jugendbeteiligung – Was ist das?** 3
- **Warum Jugendbeteiligung der Schlüssel zu Lösung ist** 4

Mögliche weitere Schritte 5

Gesundheitspolitik ohne Jugendbeteiligung? Der Koalitionsvertrag sieht das anders.

Gesundheit ist für junge Menschen ein zentrales Thema. Ob psychische Gesundheit, Prävention, Sucht, Pflege oder digitale Gesundheitsangebote: **Jugendliche** sind in vielen gesundheitspolitischen Bereichen **direkt betroffen**. Sie erleben die Auswirkungen gesundheitspolitischer Entscheidungen in Schule, Ausbildung, Familie und Freizeit. Gleichzeitig erleben sie jedoch, dass viele der Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden.

Dabei ist **ihre Relevanz längst anerkannt.** Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung lässt keinen Zweifel daran: Junge Menschen sind keine Randgruppe, sondern zentrale Zielgruppe in Gegenwart und Zukunft. Die darin formulierten Forderungen zeigen deutlich auf, dass gelingende **Gesundheitspolitik nicht ohne junge Menschen** gedacht werden kann, denn sie sind nicht nur Betroffene, sondern auch Mitgestalter*innen gesellschaftlicher Zukunft.

3365: *„Wir sprechen Menschen, insbesondere Kinder, zielgruppenspezifisch, strukturiert und niederschwellig an."*
Diese Zielsetzung macht deutlich: Gesundheitspolitische Kommunikation und Maßnahmen müssen sich an den Bedürfnissen und Lebensrealitäten junger Menschen orientieren. Ihre Erfahrungen und Perspektiven unterscheiden sich stark von denen Erwachsener, in Sprache, Mediennutzung und Zugängen zu Informationen und Versorgung. Wer sie erreichen will, muss sie verstehen.

3466: *„Die Bewältigung der stetig wachsenden Herausforderungen in der Pflege und für die Pflegeversicherung ist eine Generationenaufgabe."*
Pflegepolitik betrifft nicht nur ältere Menschen. Sie ist eine Frage gesellschaftlicher Zukunftsgestaltung und damit auch für junge Menschen hoch relevant. Ob als Auszubildende in der Pflege, als Angehörige, als künftige Beitragszahlende oder als diejenigen, die sich gegen einen Beruf in der Pflege entscheiden: Jugendliche haben vielfältige Bezüge zu diesem System. Ihre Sichtweisen sind ein zentraler Teil der Pflegefrage.

3588: „Wir ergreifen geeignete Präventionsmaßnahmen, um insbesondere Kinder und Jugendliche vor Alltagssüchten zu schützen"
Wenn junge Menschen explizit im Fokus präventiver Maßnahmen stehen, wird klar: Ihre Lebenswelten, Routinen und Herausforderungen sind entscheidend für die Wirksamkeit von Gesundheitsstrategien. Alltagssüchte wie problematische Mediennutzung oder Konsumverhalten entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern in konkreten sozialen, schulischen und digitalen Kontexten, die Jugendliche täglich erleben. **Sie sind die besten Experten für ihre Lebenswelt.**

Fehlende Perspektive junger Menschen in der Gesundheitspolitik

Die SINUS- und Shell-Jugendstudien[1, 2] zeigen deutlich: **Gesundheit ist für junge Menschen ein zentraler Wert,** sowohl als persönliche Sorge als auch als gesellschaftliche Zukunftsfrage. Viele Jugendliche sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich einzubringen. Doch obwohl gesundheitspolitische Entscheidungen sie unmittelbar betreffen, werden sie **bislang kaum beteiligt**. Ihre Perspektiven finden selten systematisch Eingang in politische Prozesse. Sie sind strukturell unterrepräsentiert.

Gleichzeitig stehen wir vor einer großen gesellschaftspolitischen Herausforderung: Die Zustimmung zu extremistischen Positionen nimmt zu, das Vertrauen in demokratische Institutionen sinkt, besonders bei jungen Menschen. Wer dieser Entwicklung entgegenwirken will, muss junge Menschen nicht nur adressieren, sondern sie **aktiv einbinden**. **Demokratie lebt von Perspektivenvielfalt.** Doch genau diese Vielfalt spiegelt sich aktuell zu wenig wider.

[1] Albert, M., Quenzel, G., & de Moll, F. (2024). Jugend 2024. 19. Shell Jugendstudie. Weinheim: Beltz.
[2] Calmbach, M., Flaig, B., Gaber, R., Gensheimer, T., Möller-Slawinski, H., Schleer, C., & Wisniewski, N. (2024). Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Eine SINUS-Studie. Schriftenreihe Band 11133. Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Lösung? Jugendbeteiligung!

Jugendbeteiligung - Was ist das?

Jugendbeteiligung bedeutet, dass junge Menschen ihre Meinungen und Ideen einbringen können, gehört werden und ihre Beiträge wirksam in Entscheidungsprozesse einfließen. Es gibt viele verschiedene Formen der Beteiligung.

1. Eine Möglichkeit ist zum Beispiel, junge Menschen **in bestehende Gremien** einzuladen und ihnen die **Teilnahme an politischen Veranstaltungen** zu ermöglichen. Hierbei werden keine neuen Strukturen und Formate geschaffen, sondern Jugendliche werden z.B. als gleichwertige Diskussionspartner in Podiumsdiskussionen wahrgenommen, wodurch die politische(n) Debatte(n) an Perspektivenvielfalt gewinnen. Zu nennen sind aber auch Programme wie das der Jugenddelegierten bei der Weltgesundheitsorganisation, das bereits ein gutes Beispiel für gelingende Jugendbeteiligung im BMG ist.

2. Auch eine **themenbezogene offene Beteiligung** ist denkbar, etwa durch eigene Veranstaltungen für Jugendliche. Diese können ähnlich wie Bürgerräte oder kommunale Jugendforen funktionieren: Verschiedene Jugendliche kommen zusammen, um sich mit einem konkreten Thema zu beschäftigen und aus ihrer Perspektive Lösungen oder Forderungen entwickeln. Ein spezifisches Beispiel aus dem Gesundheitsbereich ist der Zukunftsrat zur psychischen Gesundheit junger Menschen in der Schweiz.[3] Offene Jugendbeteiligung sollte möglichst dort stattfinden, wo die Jugendlichen sind: dadurch wird die **Niedrigschwelligkeit** der Beteiligung ermöglicht, um eine möglichst breite und diverse Zielgruppe zu gewährleisten. Auch durch Formate auf Social Media, bei bestehenden Veranstaltungen von Jugendlichen, durch Kooperationen mit Vereinen vor Ort, etc. kann mit Jugendlichen der Dialog aufgenommen werden, ohne dass diese aktiv auf die Politik zukommen müssen, oder sich eigens zu Veranstaltungen anmelden müssen.

3. Mindestens genauso wichtig ist jedoch eine **dauerhaft verankerte Jugendbeteiligung**, beispielsweise durch einen Jugendbeirat, der regelmäßig tagt und kontinuierlich einbezogen ist. Hierbei ist oftmals ein zentraler Aspekt, dass die Jugendlichen ihre Themenschwerpunkte selbst setzen können und über feste Ansprechpartner ihre Anliegen an die Politik herantragen können, die Politik aber gleichzeitig auch ihre Anliegen wiederum an die Jugendlichen tragen kann. Dies ermöglicht es, in Maßnahmen frühzeitig und direkt die jugendliche Perspektive einzubringen, Entwicklungen enger zu begleiten und bei Bedarf kurzfristig Rückmeldung zu erhalten. Ein Beispiel für ein solches Gremium ist der Jugendbeirat des BMZ.[4]

Besonders wirksam ist insofern eine **Mischung aus verschiedenen Beteiligungsstrukturen**: Es braucht sowohl niedrigschwellige Formate als auch eine kontinuierliche und dauerhaft verankerte Struktur im BMG, die jugendliche Perspektiven systematisch einbindet.

[3] Zukunftsrat U24 | Stimme der jungen Schweiz
[4] BMZ Jugendbeirat

Warum Jugendbeteiligung der Schlüssel zur Lösung ist

Jugendliche wollen und können mitreden, wenn es um ihre Zukunft geht und laut Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention steht ihnen auch zu, ihre Perspektiven und Erfahrungen einzubringen. Das gilt **auch auf Bundesebene im Bereich der Gesundheitspolitik**. Denn Themen wie etwa psychische Gesundheit, Prävention oder Gesundheitsbildung betreffen sie direkt.

Werden junge Menschen frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden, etwa bei der Entwicklung von Präventionsangeboten, Werbe- und Informationskampagnen, sowie zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen können **passgenaue und zielgerichtete Maßnahmen** entstehen. Entscheidungen, die ohne den direkten Einbezug der Zielgruppe getroffen werden, laufen hingegen Gefahr, an den tatsächlichen Bedürfnissen vorbeizugehen und wirkungslos zu bleiben oder müssen später aufwendig angepasst werden.

Eine kontinuierliche Einbindung junger Menschen kann diese Risiken minimieren und von Beginn an zu **mehr Effizienz und Wirksamkeit** beitragen. Deswegen kann Jugendbeteiligung frühzeitig auf selbst wahrgenommene Missstände oder Stimmungen hinweisen, die politisch bisher wenig Sichtbarkeit bekommen haben. Dadurch kann das BMG frühzeitig und proaktiv handeln.

Verwaltungshandeln gewinnt zudem an Qualität, wenn diverse Sichtweisen integriert werden. Dies gilt gerade, wenn junge Menschen, die politische Kommunikation, Versorgungssysteme und Prävention anders erleben als Erwachsene, einbezogen werden. Jugendliche bringen praxisnahe Ideen ein, die gesundheitspolitische Entscheidungen bereichern und zukunftsfähiger machen. Die Vervielfältigung von Sichtweisen durch das Einbinden junger Menschen fördert zudem **Innovation und kreative Lösungsansätze**. Gleichzeitig kann dies auch zu einer erhöhten Akzeptanz von Entscheidungen führen und Vertrauen in staatliches Handeln stärken.

Außerdem **stärkt Jugendbeteiligung die Demokratie** als Ganzes. Denn je vielfältiger die Stimmen, desto tragfähiger, wirkungsvoller und gerechter die politischen Entscheidungen. Zugleich ist Jugendbeteiligung ein Bildungsprozess: Beteiligte Jugendliche lernen demokratische Verfahren kennen, setzen sich intensiv mit den Aufgaben und Zielen des Gesundheitsministeriums auseinander und helfen dabei mit, dass gesundheitspolitische Maßnahmen stärker die Interessen und Bedarfe junger Menschen widerspiegeln. Dies erhöht nicht nur die Wirksamkeit der Politik, sondern trägt jugendpolitische und gesundheitspolitische Themen in die Breite. Langfristig fördert dies ein vertieftes Verständnis demokratischer Zusammenhänge, stärkt das Vertrauen in staatliches Handeln und wirkt so Politikverdrossenheit sowie extremistischen Tendenzen entgegen.

Eine systematische, ernst gemeinte Jugendbeteiligung im Bundesgesundheitsministerium ist daher nicht nur ein Zeichen von Respekt gegenüber jungen Menschen, sondern eine **Investition in eine lebendige, resiliente Demokratie** und in eine gesunde, informierte und demokratisch **engagierte Generation**.

Jugendbeteiligung in Bundesministerien und nachgeordneten Behörden ist längst keine Ausnahme mehr, sondern in mehreren Ressorts erfolgreich etabliert. Verschiedene Bundesministerien haben in den letzten Jahren strukturelle und langfristig angelegte Beteiligungsformate für junge Menschen entwickelt, wie bspw. die Koordinierungsstelle für Klimafragen im BMUKN, Bundesjugendkonferenzen, Jugendbeiräte etc[5].

[5] Sie finden eine Liste der bestehenden Beteiligungsstrukturen der Ministerien unter folgendem Link: Kinder- und Jugendbeteiligung auf Bundesebene

Diese Formate bringen neue Impulse, stärken die Qualität von Maßnahmen und zeigen: Gelingende und **wirksame Jugendbeteiligung in Ministerien ist möglich** und kann zu einem **echten Mehrwert** führen, wenn sie gut verankert und aufgebaut ist.

Auch das Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit (BIÖG) plant einen Jugendbeirat und zeigt damit, dass auch im gesundheitspolitischen Bereich dauerhafte Jugendbeteiligung möglich ist. Für das BMG bietet sich hier die **Chance**, an diese Entwicklung anzuknüpfen und gesundheitspolitische Gestaltung im Dialog mit jungen Menschen weiterzudenken. Damit könnte das BMG seine Nähe zur jungen Generation und insgesamt seine Bürger*innennähe, Offenheit, Lernbereitschaft und Modernität sichtbar machen.

Mögliche weitere Schritte

Wir sind überzeugt: Gesundheitspolitik auf der Höhe der Zeit braucht auch Beteiligung auf Augenhöhe. Wir freuen uns, **gemeinsam mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen**. Sehr gerne stehen wir bei (Rück-)Fragen rund um das Thema Jugendbeteiligung zur Verfügung oder unterstützen Sie bei den nächsten Schritten in Richtung eines dauerhaften Jugendbeteiligungsformats im BMG.

KomKJB jung*

Wir, das KomKJB jung*, sind das Jugendgremium des Bundeskompetenzzentrums für Kinder- und Jugendbeteiligung: Wir begleiten das Bundeskompetenzzentrum in seiner Arbeit bei der Beratung von Ministerien und Behörden zu wirksamer Jugendbeteiligung. Zuletzt haben wir beispielsweise bei der Einrichtung des Jugendbeirats im BIÖG (Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit; ehem. BZgA) umfassend unterstützt. Wir bestehen aus 20 höchst beteiligungserfahrenen jungen Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, die sich damit auseinandersetzen, wie Kinder- und Jugendbeteiligung auf Bundesebene besser gelingen und wirksamer umgesetzt werden kann.

Kontakt

Bundeskompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung
Jugendgremium KomKJB jung*
E-Mail: kom.kjb@stiftung-spi.de
Tel.: 030 - 390 634 620
Web: www.komkjb.de
Ein Projekt der Stiftung SPI